



**Info Dienst Nr. 01 / 21. Januar 2011**

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

der Bundestag ist zu seiner ersten Sitzungswoche im neuen Jahr zusammengekommen. Doch einiges bleibt wie im alten Jahr. CDU/CSU und FDP sind mal wieder mit sich selbst beschäftigt, statt die aktuellen Probleme zu lösen. Drängende Themen wie die Stabilisierung Europas und seiner Währung bleiben liegen. Und im Dioxin-Skandal ist das Krisenmanagement ausgeblieben. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind weiter verunsichert.

Auf einer Klausurtagung hat die SPD-Bundestagsfraktion ein neues Arbeitsprogramm verabschiedet. Darin formulieren wir Zielsetzungen für die nächsten zehn Jahre. Es geht unter anderem um Vollbeschäftigung, Investitionen in Bildung, einen neuen Konsens für Infrastrukturmaßnahmen, Integration und einen sozialen Fortschritt, von dem alle Menschen profitieren.

Die Ergebnisse der Klausurtagung und die Themen dieser Sitzungswoche im Bundestag habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

-----  
Die Themen:

1. Zum Dioxin-Skandal
2. Die Ergebnisse der Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion
3. Für einen sicheren Schienenverkehr in Deutschland
4. Der Jahreswirtschaftsbericht 2011
5. Der Rote Rucksack ist online

### **1. Zum Dioxin-Skandal**

Das mangelhafte Krisenmanagement und die schlechte Informationspolitik von Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) im aktuellen Dioxin-Skandal hat in den letzten Wochen Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichert, Importländer verärgert und Landwirte massiv geschädigt. Erst der Druck der SPD-geführten Länder und der

Öffentlichkeit hat Aigner dann zum Handeln gezwungen. Zunächst hat sie nach eigenen Worten die Situation "beobachtet" und wollte lediglich eine Selbstverpflichtungserklärung der Futtermittelindustrie, wonach strengere Regeln eingehalten werden sollen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits am 8. Januar einen Katalog mit 15 konkreten Forderungen vorgelegt und einen entsprechenden Antrag in der Sondersitzung des Verbraucherausschusses des Bundestags am 11. Januar eingebracht. Trotzdem hat die Koalitionsfraktion zunächst eine Beratung dieser Vorschläge ablehnt. Dann wurde dieser Forderungskatalog zur Blaupause für die Verbraucherministerin und am 18.01. mit den Länder-Verbraucherministern vereinbart.

Zentrale Maßnahmen des nun vorgelegten 14-Punkte-Plans:

- Hersteller von Futterfetten benötigen eine Zulassung, die an strenge Auflagen geknüpft ist.
- Die Trennung der Produktion von technischen Fetten und Fetten für Futtermittel wird vorgeschrieben.
- Die Behörden müssen überhöhte Grenzwerte und Rechtsverstöße bei Lebensmittelkontrollen umgehend veröffentlichen. Dazu wird das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) novelliert.
- Es wird eine bundesweite Informationsplattform im Internet eingerichtet.
- Private Untersuchungslabore und ihr Personal müssen ihre Ergebnisse unmittelbar an die Behörden melden.
- In der EU soll eine Positiv-Liste durchgesetzt werden, die Stoffe nennt, die in der Futtermittelherstellung verwendet werden dürfen.

Nun kommt es darauf an, dass die Bundesverbraucherministerin den Maßnahmenplan auch umsetzt. Da kommen in der SPD-Bundestagsfraktion Zweifel auf, denn bisher hat Aigner sich einen Ruf als Ankündigungsministerin, nicht aber als tatkräftige Verbraucherschutzministerin erarbeitet. Außerdem haben CDU/CSU und FDP bereits in der Sondersitzung des zuständigen Ausschusses am 11. Januar deutlich gemacht, dass sie eine wirksame Verschärfung des Verbraucherinformationsgesetzes ablehnen. Ebenso waren sie gegen die Verpflichtung, dass Hersteller alle Chargen an Futterfett untersuchen lassen müssen und auch die Meldepflicht von Untersuchungsergebnissen von Laboren wollten sie nicht. Unter anderem auf diese Widersprüche in der schwarz-gelben Koalition haben wir in der Debatte zur Regierungserklärung am Mittwoch deutlich verwiesen. Wir werden auch weiterhin alle Möglichkeiten des Parlaments nutzen, um die Ministerin immer wieder daran zu erinnern, endlich ihrer Verantwortung als Verbraucherschutzministerin nachzukommen und die Maßnahmen auch in der Koalition durchzusetzen.

Den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/044/1704426.pdf>

## **2. Ergebnisse der Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion**

### **Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung in Magdeburg vom 13. bis 14. Januar u.a. ein ambitioniertes Arbeitsprogramm mit dem Titel „Deutschland 2020 - Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ beraten. Themen sind

unter anderem Bildung und Integration, um beste Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen und dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen.

Gefordert wird auch ein Investitions- und Infrastrukturkonsens, um den enormen Investitionsbedarf in Bildung, Energie, Kommunikation und Verkehr zu decken. Durch einen „Masterplan Qualitätsoffensive Ganztagschulen“ will die SPD-Fraktion erreichen, dass im Jahr 2020 jedes Kind die Möglichkeit hat, eine gute Ganztagschule zu besuchen. Weitere Themen sind eine neue Ordnung für gute Arbeit, die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben, das Miteinander der Generationen sowie die Steuer- und Finanzpolitik.

Das Arbeitsprogramm der SPD-Bundestagsfraktion „Deutschland 2020“ finden Sie unter: [http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,14017,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14017,00.pdf)

### **Eine neue Idee von Fortschritt**

Die SPD verfolgt ein Politikkonzept, das den Weg bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt. Den Weg einer Gesellschaft, die unter völlig veränderten Bedingungen ihren sozialen Zusammenhalt bewahren will und dabei nicht Transfergesellschaft wird, sondern Arbeitsgesellschaft bleibt. Leitbild ist eine neue Idee von Fortschritt, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet.

Der SPD geht es darum, dass die Menschen gute Arbeit haben und nicht dauerhaft mit Sozialleistungen abgespeist werden. Das unbefristete und sozial abgesicherte Arbeitsverhältnis darf nicht zur Ausnahme werden, sondern muss die Normalität bleiben. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen davon leben können. Die Zukunft unseres Landes liegt sicher nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Unsere Stärken sind gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hohe Produktivität und Innovationsfähigkeit.

Die Fraktion will eine starke Volkswirtschaft, in der neue Technologien kräftig wachsen und die Grundstoffindustrie erhalten bleibt.

Den Entwurf des Fortschrittsprogramm des SPD-Parteivorstandes finden Sie unter: [http://www.spd.de/linkableblob/8088/data/2011\\_entwurf\\_fortschrittsprogramm.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/8088/data/2011_entwurf_fortschrittsprogramm.pdf)

### **Integration: Chancen geben, Chancen nutzen**

Ein weiteres Schwerpunktthema der Klausursitzung war die Integrationspolitik. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Wer bei uns dauerhaft lebt, gehört zu uns. Wer zu uns gehört, soll mitbestimmen und teilhaben können. Wer bei uns lebt, muss sich natürlich auch an die Gesetze halten. Eine zeitgemäße Integrationspolitik eröffnet Perspektiven, formuliert aber auch Erwartungen. Ziel ist es, allen Menschen in unserem Land die gleichen Lebens- und Teilhabechancen zu eröffnen.

Die SPD-Fraktion verabschiedete in Magdeburg ein Integrationskonzept, das in den kommenden Monaten unter anderem mit Migrantenverbänden diskutiert werden soll.

Das Positionspapier zum Thema Integration finden Sie unter: [http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,14015,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14015,00.pdf)

### 3. Für einen sicheren Schienenverkehr in Deutschland

Bei allen Verkehrsträgern kam es seit Beginn der Winterperiode 2010/2011 im Dezember 2010 zu erheblichen Behinderungen. Für die Bahn bestand die Chance zu zeigen, dass sie das sicherste und verlässlichste Verkehrsmittel auch bei schlechten Witterungsbedingungen ist. Aber sie war erneut nicht ausreichend auf den Winter vorbereitet.

Der Bund ist verantwortlich für eine leistungsfähige Bahninfrastruktur in Deutschland. Dieser Aufgabe hat die schwarz-gelbe Bundesregierung Rechnung zu tragen. Sie muss im Interesse der Kundinnen und Kunden ihrer Verantwortung für einen leistungsfähigen DB-Konzern wieder gerecht werden, der auch bei extremen Witterungsbedingungen seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Verkehrsträgern unter Beweis stellt. Oberstes Ziel muss es sein, die Bahn wieder fit zu machen für den Sommer und für den Winter. Sie muss in der Lage sein, die Fahrgäste zu fairen Preisen pünktlich an ihr gewünschtes Ziel zu bringen, und zwar in allen Regionen in ganz Deutschland und nicht nur auf einem eingeschränkten Kernnetz.

Mit dem Antrag „Deutschland braucht im ganzen Land einen verlässlichen und sicheren Schienenverkehr“ konkretisiert die SPD-Bundestagsfraktion ihre Forderungen an die Bundesregierung, um künftig Sicherheit zu garantieren und Chaos zu vermeiden. Die Bundesregierung soll unter anderem ein nachhaltiges, sicheres und dynamisches Zukunftskonzept für einen deutschlandweiten Schienenverkehr vorlegen. Sie soll auf die geplante Zwangsdividende von 500 Mio. Euro sofort und in Zukunft verzichten und die Mittel stattdessen für Investitionen in die deutsche Schieneninfrastruktur und Suprastruktur zu nutzen. Es müssen mehr Mittel in den Ausbau und die Instandhaltung des Schienenverkehrs investiert werden. Für ein Sofortprogramm der Deutschen Bahn AG sind Sondermittel zur kurzfristigen Beseitigung von Störungen im Betriebsablauf bereitzustellen. Weiterhin muss bei der Deutschen Bahn AG sichergestellt werden, dass ausreichende Reservekapazitäten an Fahrzeugen aufgebaut werden, um witterungsbedingte Zugausfälle besser ausgleichen zu können.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/044/1704428.pdf>

### 4. Jahreswirtschaftsbericht 2011

In dieser Sitzungswoche wurde im Deutschen Bundestag der **Jahreswirtschaftsbericht 2011** beraten. Die deutsche Wirtschaft ist 2010 um 3,6 Prozent gewachsen, nachdem sie im Krisenjahr zuvor um 4,7 Prozent eingebrochen war. Das Vorkrisenniveau haben wir noch nicht wieder erreicht. Aber die Beschäftigung ist in der Krise stabil geblieben, wächst wieder und kann in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit auf unter 3 Millionen senken. Im internationalen Vergleich steht Deutschland damit gut da.

Vorausschauende Reformpolitik von Rot-Grün und energische Anti-Krisen-Politik der Großen Koalition haben daran ihren Anteil. Das wirtschaftspolitische Versagen von Schwarz-Gelb hingegen wird inzwischen vom Sachverständigenrat bis zu den Wirtschaftsverbänden offen ausgesprochen. Bei den Führungskräften der deutschen Wirtschaft steht die selbsternannte Wirtschaftspartei FDP in einem desaströsen Ruf. Die von der Verfassung gebotene Rückführung der Verschuldung und die Anforderungen an Zukunftsinvestitionen in Bildung, Technologie und Infrastruktur seien schlichtweg nicht vereinbar mit weiteren Steuernachlässen in zweistelliger Milliardenhöhe. Nicht nur das:

bei Sozialabgaben, Kommunalgebühren und bei Streichungen von Elterngeld belastet die Regierung Merkel die Bürgerinnen und Bürger in 2011 noch zusätzlich.

Was wir heute an Erfolgen sehen, ist das Ergebnis vergangener Anstrengungen. Wenn wir morgen erfolgreich sein wollen, müssen wir heute neu anpacken. Wir müssen jetzt vorsorgen für die Stärke unseres Landes in den vor uns liegenden Jahren. Doch von der Lösung von Zukunftsfragen ist die aktuelle Bundesregierung weit entfernt. Stattdessen sonnt sich der Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) in Abstauber-Manier im geerbten Erfolg. Unsere Vorstellungen, was jetzt zu tun ist, haben wir in unserem Programm „Deutschland 2020“ (s.o.) dargelegt.

Den Jahreswirtschaftsbericht 2011 finden Sie unter:  
<http://dip.bundestag.de/btd/17/044/1704450.pdf>

## **5. Der Rote Rucksack ist online**

Meine Passion für das Wandern hat mich dazu inspiriert, mir auch für meinen politischen Weg einen Rucksack zuzulegen. Daraus wurde „der Rote Rucksack“.

Die Idee wurde weiterentwickelt und seit ich Mitglied des Deutschen Bundestages bin, trage ich meine Ausrüstung - die Ideen, Anregungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Unna - in meinem Rucksack nach Berlin. Viele von Ihnen kennen mein Markenzeichen bereits.

Nun ist der Rote Rucksack auch online, damit Sie jederzeit die Möglichkeit haben, Ihre Meinung mit auf den Weg zu geben. Mit [www.roter-rucksack.de](http://www.roter-rucksack.de) ist neben meiner Homepage eine weitere Internetseite an den Start gegangen, bei der die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sind, mir ihre Anregungen, ihre Ideen und ihre Kritik direkt in meinen „Rucksack für Berlin“ zu geben. Dort werden außerdem alle Wanderungen, die ich durch den Wahlkreis unternehme, dokumentiert und vorab angekündigt. Ich würde mich freuen, wenn Sie diese neue Möglichkeit der Beteiligung nutzen würden.

Übrigens: am Wanderprogramm für 2011 wird derzeit gearbeitet. Wir informieren Sie rechtzeitig über die Termine.